

Bendheim, Erich

Article — Digitized Version

Amerika und die Frage des Osthandels

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Bendheim, Erich (1964) : Amerika und die Frage des Osthandels, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 44, Iss. 12, pp. 538-540

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133441>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Amerika und die Frage des Osthandels

Erich Bendheim, Ph. D., New York

Gesetzliche Hintergründe

Zur kurzfristigen Finanzierung der im Kalenderjahr 1963 vorgenommenen Weizenkäufe hatte sich die UdSSR gezwungen gesehen, in den letzten 12 Monaten Gold im Werte von nahezu 850 Mill. \$ gegenüber einer normalen Jahresrate von rund 200 Mill. \$ abzugeben. Nolens volens gelangte die Sowjetunion zu der Schlußfolgerung, daß sie mit der Aufnahme kurz- und mittelfristiger Anleihen in Höhe von mehreren hundert Millionen Dollar zuzüglich des Zinsendienstes die Grenze ihrer Kapazität erreicht hatte. Unter diesen Umständen verblieben nur zwei Alternativen: entweder auf die Einfuhren von Industrieerzeugnissen aus dem Westen in dem Ausmaße von mehreren Milliarden Dollar Verzicht zu leisten oder unter allen Umständen langfristige Kredite, die über die Regeln der Berner Union hinausgehen, zu erhalten. So begann der Kreditwettbewerb im Ostgeschäft, an dem sich Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan beteiligten. Lediglich die Bundesrepublik Deutschland hielt sich an die mit den USA abgesprochenen Bedingungen, indem sie ihre eigenen Exportkreditfristen für den Ostblock mit denen der USA koordinierte. Die Konzessionen, die von Großbritannien, Japan und Frankreich hinsichtlich der verlängerten Zahlungsfristen zugestanden wurden, ermöglichten es der Sowjetunion, nicht unbedeutende Aufträge zu placieren.

Abgesehen von den rein politischen Belangen, die in den USA eine dominierende Rolle spielen, stellt die bestehende Gesetzgebung ein Hemmnis für die langfristige Kreditgewährung dar. Entscheidend ist hier der Johnson Act des Jahres 1934, der die Gewährung privater Kredite an Länder unterbindet, die sich gegenüber der Regierung der Vereinigten Staaten im Zahlungsverzug befinden. Unter diese Kategorie fällt die Sowjetunion, die sich trotz wiederholten amerikanischen Entgegenkommens bis dato nicht bereit erklärt hat, ihren „Lend & Lease“-Verpflichtungen aus dem zweiten Weltkrieg nachzukommen. Obwohl beispielsweise die sowjetische Wirtschaftszeitung „*Ekonomitscheskaja Gaseta*“ in einem Leitartikel erklärt hat, daß sich die UdSSR immer für eine Regelung der „Lend & Lease“-Zahlungen eingesetzt hätte, diese aber auf einer gerechten Grundlage erfolgen müßten, sind die von Sowjetrußland abgebrochenen Verhandlungen noch nicht wieder aufgenommen worden.

Der Johnson Act, den erstmals Präsident John F. Kennedy mit der Genehmigung der Weizenkäufe durchlöchert hatte, müßte durch den Kongreß eine Modifizierung erfahren, wenn in den USA die Absicht bestehen sollte, sich an dem Kreditwettbewerb der Staaten jenseits des Atlantik und Pazifik zu beteiligen. Die großzügige Auslegung der Johnson-Gesetzgebung im Falle des Weizenabkommens hat im übrigen nicht

die Zustimmung des unter dem Vorsitz von Senator J. William Fulbright stehenden einflußreichen Senate Foreign Relations Committee gefunden. Dieser Ausschuß steht vor der schwierigen Aufgabe, die Zweckmäßigkeit einer Lockerung der amerikanischen Exporte nach dem Osten zu untersuchen. Die in diesem Jahr erstmals durchgeführten Hearings sollen im Verlaufe der neuen Sitzungsperiode im Jahre 1965 wieder aufgenommen werden. Grundsätzlich ist der US-Kongreß der Überzeugung, daß verstärkte Exporte nach der UdSSR und den Ostblockländern deren Position im kalten Krieg nur stärken würden und daß Mittel, die für die eigene Erzeugung von Maschinen und Ausrüstungen verwendet werden müßten, im Falle langfristiger Anleiheabkommen für Importe, der Ausrüstung Sowjetrußlands zugute kommen würden. Es wird auch geltend gemacht, daß Lieferungen von Anlagen und Ausrüstungen zwar zunächst der Erzeugung von Kapital- und Konsumgütern für friedliche Zwecke dienen könnten, daß aber wenig Schwierigkeiten bestünden, sie im Dringlichkeitsfalle auf Rüstungsmaterialien umzustellen.

Ob zu Recht oder zu Unrecht unterscheidet die US-Regierung zwischen sogenannten „freundlichen“ und „unfreundlichen“ Satellitenstaaten, wobei unterstellt wird, daß die ersteren durch einen stärkeren Handel mit den USA ihre Unabhängigkeit gegenüber der Sowjetunion eher bewahren könnten. Wenn beabsichtigt war, durch Zugeständnisse an Polen, Rumänien und Jugoslawien den monolithischen Block aufzulockern, so könnte nach dem Sturz des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow und der Umgestaltung der Regierung im Kreml die Stichhaltigkeit dieser Argumente in Frage gestellt werden.

Vorstoß der UdSSR und der Ostblockstaaten in den USA

Zu Beginn des Sommers 1964 unternahmen offizielle Vertreter der UdSSR einen direkten Vorstoß in New York und Washington, dessen Zielsetzung es war, eine Beschleunigung der US-Exportexpansion nach den Ländern hinter dem Eisernen Vorhang herbeizuführen und gleichzeitig die Frage der Kreditgewährung zu klären. Der Leiter der Wirtschaftsabteilung der Botschaft der UdSSR in Washington, Eugene S. Shershnew, war auf der Jahrestagung der American Management Association als Gastsprecher aufgetreten. Seiner Auffassung nach böten langfristige Handelsverträge die beste Chance für den Erfolg einer Ausweitung des Warenverkehrs zwischen den USA und den Ostblockländern. Für die Placierung von Großaufträgen werde es erforderlich sein, neue Wege zu erforschen, um die prekäre Kreditfrage zu lösen. Weder die Regierung der Vereinigten Staaten noch die Privatwirtschaft machten sich einen Begriff von den Aufschwungsmöglichkeiten des Außenhandels der UdSSR innerhalb der nächsten

Dekade. Es läge durchaus im Bereich der Möglichkeiten, daß sich dieser, verglichen mit dem Jahre 1963, vervierfachen werde. Auch der Handelsattaché der Polnischen Botschaft in Washington, Dr. Zdzislaw M. Rurarz, erklärte vor Mitgliedern der American Management Association, daß Polen besonderen Wert darauf lege, den Warenaustausch mit den USA zu fördern.

Die im Mai dieses Jahres mit einer rumänischen Delegation unter Führung des Stellvertretenden Ministerpräsidenten und Vorsitzenden des staatlichen Planungsausschusses, Gheorghe Gaston-Marin, durchgeführten Verhandlungen, die in Washington, D. C., stattfanden, ließen eindeutig die Weigerung der rumänischen Regierung erkennen, die Volkswirtschaft Rumäniens nach dem starren, arbeitsteiligen Plan-System des COMECON zu entwickeln. An Stelle einseitiger Schwerpunkte bei der Landwirtschaft und dem Erdölsektor soll eine diversifizierte Industrialisierung, vor allem in den weiterverarbeitenden Stufen der Erdölwirtschaft, immer stärker vorangetrieben werden. Die Anwesenheit des Ministers Mihail Florescu ließ darauf schließen, daß es Rumänien darum zu tun ist, Anlagen und Ausrüstungen für die chemische Industrie und für Erdölraffinerien, darunter eine vollständige Anlage zur Erzeugung von Synthese-Kautschuk, aus den USA zu beziehen.

Obwohl die US-Regierung im Prinzip ihre Bereitschaft gezeigt hat, den Wünschen der rumänischen Delegation zu entsprechen, bedarf die Finanzierungsfrage noch der Klärung. Da Rumänien über keine nennenswerten Devisenreserven verfügt, werden die Möglichkeiten zur Steigerung der Exporte nach den Vereinigten Staaten gründlich sondiert werden müssen. Solange Rumänien nicht in den Genuß des Meistbegünstigungsrechtes gelangt ist, sind die Absatzchancen für die Mehrzahl der rumänischen Exportgüter, soweit sie den amerikanischen Markt betreffen, ungewöhnlich gering. Etwa zur gleichen Zeit, zu der sich die rumänische Delegation in Washington aufhielt, hatten auch Ungarn und die Tschechoslowakei ihre Fühler ausgestreckt, um zu erkunden, ob es sinnvoll sei, ebenfalls Missionen nach den USA zu entsenden. Die Resonanz, die diese Versuche in amerikanischen Regierungskreisen fand, war jedoch negativ.

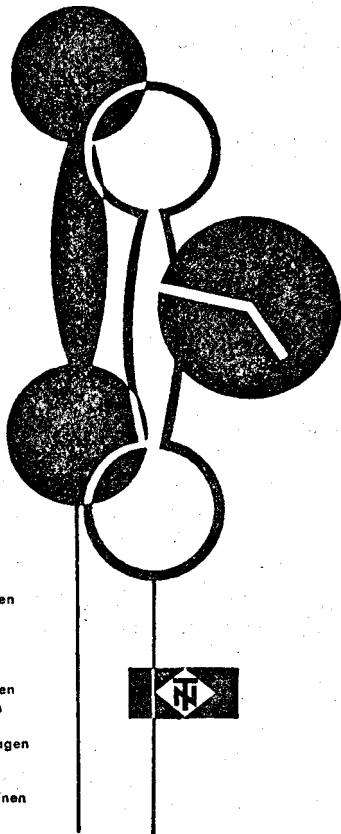
Die Haltung der US-Industrie

Die amerikanische Privatwirtschaft ist schon seit längerer Zeit für eine Aktivierung des Warenaustausches mit den Ländern hinter dem Eisernen Vorhang ein-

getreten. Die Mehrzahl der Industrieunternehmen, insbesondere die chemische Industrie, befürwortet eine Ausweitung des Osthandels und eine damit verbundene Lockerung der Exportkontrolle nach der UdSSR. Es wurde der Regierung zum Vorwurf gemacht, daß sie sich lediglich von politischen Erwägungen leiten ließe und nicht die Belange der Privatwirtschaft wahrnehme. Die Argumente der Regierung beruhten nicht auf kommerziellen Überlegungen, denen das Schwergewicht zukommen sollte. Es wird die Auffassung vertreten, daß es nur recht und billig wäre, wenn der amerikanischen Industrie ein Teil der Aufträge zukäme, die vor allem die Sowjetunion in großzügiger Form mit dem europäischen Westen abzuschließen gedenke. Auch stehe es nicht im Einklang mit der Exportförderungs politik der USA, die UdSSR in der Frage der Kreditgewährung anders zu behandeln als die übrigen Handelspartner. Die chemische Industrie glaubt, in der Lage zu sein, Ausrüstungsverträge für die sowjetische Kaliproduktion zum Abschluß zu bringen. Außerdem sollen Möglichkeiten bestehen, größere Mengen von Düngemitteln und Kunststoffen nach der UdSSR zu exportieren.

Allerdings treten nicht alle Industrien für eine Lockerung der Ausfuhrbestimmungen nach dem Osten ein. So hat beispielsweise die amerikanische Erdölindustrie zu verstehen gegeben, daß Exporte von Anlagen und Ausrüstungen letztlich dazu führen würden, den Sowjetblock in die Lage zu versetzen, seine eigenen Ausfuhren von Erdölzerzeugnissen zu steigern. Andererseits haben die Delegierten der Chamber of Commerce of the United States auf der letzten Jahrestagung dieser Organisation eine fast einstimmige Resolution gefaßt, in der eine völlige Revision der Kontrollbestimmungen für Exporte nach Ländern hinter dem Eisernen Vorhang ebenso wie eine Liberalisierung der Exportlizenzierungsliste gefordert wurde. Auch der Aufsichtsratsvorsitzende der Chase Manhattan Bank, New York, David Rockefeller, unterstützte die Resolution der Handelskammer und behauptete, daß Mittel und Wege gefunden werden müßten, den Osthandel anzukurbeln. In Regierungskreisen selbst bestehen Divergenzen zwischen den einzelnen Ministerien. Der Handelsminister, Luther H. Hodges, vertritt den Standpunkt, daß es zwecklos sei, Ausfuhr lizenzen für solche Warengruppen abzulehnen, deren Lieferung von anderen Industrieländern der freien Welt ohne weiteres akzeptiert wird. In diesem Sinne tritt der Minister für eine Lockerung der Aus-





WIR LIEFERN:

- Fernsprech-Anlagen
- Elektrische Uhrenanlagen
- Uhrensäulen
- Feuermelde-Anlagen
- Überfall- und Einbruch-Meldeanlagen
- Wächterkontroll-Anlagen
- Zeiterfassungs-Anlagen
- Fernwirk- und Datenübertragungsanlagen
- Lichtsignal-Anlagen
- Verkaufsautomaten
- Postalla-Frankiermaschinen

**TELEFONBAU UND NORMALZEIT
FRANKFURT/MAIN**

SE 4/73

fuhrkontrolle ein. Im scharfen Gegensatz hierzu steht das Verteidigungsministerium, welches in einer größeren Freizügigkeit bei der Vergabe von Exportlizenzen eine Gefährdung der nationalen Verteidigungssicherheit erblickt. Es sei niemals möglich, vorauszu-sehen, ob nicht die von den westlichen Ländern gelieferten Anlagen auf die Herstellung von Rüstungs-materialien umgestellt werden würden. Im Pentagon herrscht die Meinung vor, daß es den Sowjets lediglich darum zu tun sei, Prototypen von Waren und Maschinen, die bisher in der UdSSR nicht hergestellt wurden, zu erhalten, um entsprechend diesen Model-len eigene Anlagen und Ausrüstungen zu bauen. Der Verteidigungsminister, Robert S. McNamara, bezeich-net es als wirtschaftlichen Selbstmord, moderne Indu-strieanlagen und technisches „know-how“ nach der Sowjetunion zu liefern.

Der Warenverkehr der USA mit den Ostblockstaaten

Sieht man von den Anfang 1964 erfolgten Weizen-lieferungen ab, blieb der amerikanische Außenhandel mit den Ostblockstaaten auch im Kalenderjahr 1963 auf weniger als 1,5 % des Gesamtvolumens beschränkt. Es wäre ein Trugschluß, anzunehmen, daß der euro-päische Ostblock mit einer Gesamtbevölkerung von 330 Millionen heute schon einen lockenden Markt für die Kapital- und Konsumgüterindustrien des Westens darstellen könnte. Infolge des Devisenmangels sind Mittel für die Einfuhr von Verbrauchsgütern aus dem

bitrot

Westen kaum vorhanden oder lediglich dann, wenn unbedingt Versorgungslücken geschlossen werden müssen. Was den Markt für Kapitalgüter anbetrifft, so haben selbst langfristige Kreditgewährungen nur einen begrenzten Nutzeffekt, da sie letztlich doch durch sowjetische Ausfuhren ausgeglichen werden müßten. Um überhaupt eine Intensivierung des Expor-tes der Sowjetunion nach den Vereinigten Staaten zu ermöglichen, müßte zunächst der UdSSR und den Sa-tellitenstaaten das Meistbegünstigungsrecht zugestan-den werden, was in der Mehrzahl der Fälle in abseh-barer Zeit kaum im Bereich des Möglichen liegt.

Die Auswahl der im Gegenzug anzubietenden Export-güter der Ostblockstaaten ist zudem außerordentlich beschränkt. Es wäre vielleicht möglich, den sowjeti-schen Export von Walzwerkerzeugnissen, Fenster- und Spiegelglas zu erhöhen. Angesichts der niedrigen Preisstellungen würden jedoch für die amerikanische Binnenindustrie Dumpinganträge erfolgversprechend sein. Bei Konsumgütern ist die Aufnahmefähigkeit des US-Marktes für Waren aus den Ostblockstaaten weni-ger von der Qualität abhängig als von der vorherr-schenden politischen Einstellung der amerikanischen Käuferkreise. Es wäre mit Bestimmtheit damit zu rech-nen, daß eine Überflutung des US-Marktes mit gewis-sen Verbrauchsgütern einen weitgehenden Boykott auslösen würde.

Unter diesen Umständen hat sich der US-Außenhandel mit dem Sowjetblock in den drei vergangenen Jahren in einem relativ bescheidenen Rahmen gehalten, wie aus der nachfolgenden Tabelle ersichtlich ist:

US-Handel mit dem Sowjetblock
(in 1000 US- $\text{\$}$)

| Land | US-Importe aus dem Sowjetblock | | | US-Exporte in den Sowjetblock | | |
|-------------|--------------------------------|---------|---------|-------------------------------|---------|---------|
| | 1961 | 1962 | 1963 | 1961 | 1962 | 1963 |
| UdSSR | 22 785 | 16 360 | 20 391 | 42 647 | 15 172 | 20 227 |
| Polen | 41 248 | 45 585 | 42 718 | 74 714 | 94 404 | 108 648 |
| Jugoslawien | 39 309 | 48 291 | 48 412 | 153 777 | 154 081 | 164 300 |
| CSR | 9 165 | 9 940 | 9 902 | 7 238 | 6 991 | 9 768 |
| Ungarn | 2 044 | 1 680 | 1 544 | 1 305 | 836 | 17 265 |
| Rumänien | 1 228 | 609 | 764 | 1 403 | 799 | 1 249 |
| Bulgarien | 1 185 | 1 166 | 1 097 | 47 | 32 | 136 |
| SBZ | 2 542 | 3 005 | 3 225 | 2 775 | 1 698 | 6 402 |
| Insgesamt | 119 616 | 126 636 | 128 053 | 283 906 | 274 013 | 327 995 |

Selbst wenn sich die US-Regierung entschließen sollte, die Bedingungen für den Warenaustausch mit den Sow-jetblockländern zu lockern, sind nur geringe Anzei-chen dafür vorhanden, daß sich in absehbarer Zeit eine wesentliche Erhöhung des Außenhandelsvolumens erzielen lassen wird. Kredite, sogar langfristige, kön-nen nur bis zu einem gewissen Grade und auf tempo-rärer Basis von Nutzen sein. Sollte es den Ostblock-staaten nicht gelingen, ihre eigenen Exporte nach dem Westen zu vervielfachen, würde aller Voraussicht nach das Ostgeschäft nach einiger Zeit wieder eine starke Abschwächung erfahren. Solange nicht ein dauerhaftes Vertrauensverhältnis zwischen den Völkern des Westens und des Ostens zustande kommt, werden alle gegenseitigen Transaktionen lediglich dazu dienen, vorübergehende Engpässe der Ostblockwirtschaften zu beseitigen.